



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33  
21. Dezember 1950

P/V/297

## Hinweise auf den Inhalt:

Das verwaiste Presseamt in Bonn	S.1
Fehlgeleitete Dollars auf den Philippinen	S.3
China, psychologisch gesehen	S.4
Die sudetendeutsch-tschechischen Beziehungen	S.5

### Kein Pressechef

Am Ende November trat der letzte kommissarische Chef des "Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" zurück. Sein kommissarischer Vertreter, Fritz von Twardowski, macht seitdem kommissarisch die Arbeit des fehlenden Chefs mit. Inzwischen übernimmt der letzte Chef einen Regierungsbezirk in Nordrhein-Westfalen und die frühere Nr.2 des Regierungsamtes, Böx, bereitet sich als Sprecher der "Ersten Legion" auf den Auswärtigen Dienst vor. Wann der neue Chef gefunden sein wird, ist ungewiss.

Die Leitung des Amtes ist bei Journalisten und Parlamentariern wenig begehrt. So geht die Arbeit des Presse- und Informationsamtes in den bisherigen Bahnen weiter. Dabei ist zu vermerken, dass es mit Twardowski immerhin wieder so etwas wie richtige Pressekonferenzen in Bonn gibt. Twardowskis Hauptinteresse liegt bei der Außenpolitik, sicher will er ausser-dem nicht definitiv Bundespressechef werden.

Dabei ist es hohe Zeit, nicht nur die Leitung des "Presse- und Informationsamtes" endgültig zu besetzen, sondern vor allem die Arbeit dieses Regierungsamtes auf eine Grundlage zu stellen und ihr eine klare Richtung zu geben. Der neue Haushaltsplan der Regierung, der so spät vorgelegt wurde, dass er noch nicht verabschiedet werden konnte, obwohl das Finanzjahr schon acht Monate alt ist, sieht für das "Presse- und Informationsamt" 1,5 Millionen DM vor. Angesichts der bisherigen Arbeit des Amtes zuviel Geld. Eigentlich sollte

diese Arbeit in der Informierung sowohl der Regierung als auch der Presse liegen. Der Kanzler - soweit er es überhaupt tut - informiert sich am wenigsten über das zuständige Amt, das er seinerseits entsprechend unzureichend unterrichtet. Die Minister haben ihre eigenen Pressereferate, deren Mitteilungen das "Presse- und Informationsamt" bisweilen vervielfältigt. Es bleiben somit die täglichen Vorträge beim Bundespräsidenten und -Vorschläge für die Ernennung der Pressereferenten für den Auswärtigen Dienst, mit denen sich das Regierungsamt befasst. Was die Informierung der Presse betrifft, so beschränkt sie sich auf Mitteilungen von den jeweiligen Kabinettsitzungen, wobei der Sprecher sich in engen Grenzen dessen, was er sagen kann und was er sagen darf, bewegt. In Fragen, die über die Kabinettsitzungen hinausgehen, ist sicher die Presse besser informiert als das Regierungsamt.

Bundeskanzler Adenauer hat alles getan, um diese Entwicklung herbeizuführen. Das Amt hat die Zeit, die ihm angesichts seiner geringen prinzipiellen Aufgabenstellung bleibt, auf seine Weise genutzt. Es informiert die Presse mit Auslandspressestimmen. Das ist liebenswürdig, denn welcher von den Journalisten in Bonn käme schon auf die Idee, bei den vielen deutschen und ausländischen Zeitungen, die verfolgt, gerade den "Salzburger Nachrichten" die Beachtung zu schenken, die diesem Blatt - nach Meinung des Regierungsamtes - offensichtlich zukommt. Bisweilen fasst das Regierungsamt auch deutsche Pressestimmen zusammen. Auch das ist galant, so werden die in Bonn arbeitenden Journalisten noch einmal daran erinnert, was sie gestern lasen. Über Einseitigkeit und Richtung der Kolportage von Pressemeinungen ist, von Ausnahmen (Ressort England etwa) abgesehen, nur soviel zu sagen, dass die Suche nach Bestätigung der CDU-Politik sie bestimmt. Das ist wohl für ein Informationsamt der Bundesregierung kein Gesichtspunkt.

Dech die Problematik der Stellung des Amtes liegt nicht in diesen Zusammenhängen, die nur eine Wirkung sind. Sie liegt in der grundsätzlichen Aufgabenstellung, die festgelegt und durchgesetzt werden muss, soll das Amt eine Existenzberechtigung haben. Für die bisherigen Aufgaben würde ein sehr kleines Referat in der Bundeskanzlei genügen. In den bevorstehenden Beratungen des Bundestages über die einzelnen Haushaltspläne wird gerade dieser Gegenstand sehr genau untersucht werden müssen.

Mißlungene USA-Hilfe für die Philippinen

## Dollars allein helfen nicht

sp. In der Sorge um die Krisenfestigkeit der vom Bolschewismus bisher noch nicht unmittelbar bedrohten südostasiatischen Gebiete hat die USA-Regierung vor einigen Monaten eine Kommission, das sogenannte "Bell-Komitee", nach den Philippinen entsandt. Der Bericht über die Ergebnisse der Untersuchung ist nunmehr veröffentlicht worden. Er kann die Bedenken nicht beschwichtigen, die in Washington über die Zustände in dieser ehemaligen Kolonie aufgekeimt waren. Es wird vielmehr jetzt erst recht deutlich, warum die Aufstände auf dieser von dem Krisenpunkt Formosa nur 100 Kilometer entfernten Inselgruppe nicht aufhören wollen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben der jungen Philippinen-Republik, seit sie ihr 1946 nach fünfzigjähriger Herrschaft die Freiheit schenkten, fast 1 1/2 Milliarden Dollar geschenkt oder geliehen. Sie taten das gewiss nicht nur aus uneigennütziger Freundschaft. Die USA haben sich auf diesem kassersten Vorposten am Westrande des Stillen Ozeans militärische Stützpunkte für 99 Jahre gesichert. Sie halten es jetzt für nötig, die Bevölkerung gegen das Vordringen des Kommunismus auch durch Hebung ihres Lebensstandards zu immunisieren.

Aus dem Bell-Bericht geht jedoch hervor, dass das bisher nicht gelungen ist. Die amerikanischen Importe kamen weit überwiegend nur einer kleinen Schicht von Händlern und Großgrundbesitzern zugute, während sich die Gegenstände des Massenkonsums auf das Dreieinhalbfache verteuerten. Einfuhr- und Devisenkontrolle wurden unter dem Einfluss gewinnstüchtiger Kaufleute zu spät ins Werk gesetzt. Die Banken erzielten mit den amerikanischen Geldern riesige Gewinne, während Arbeiter und Richter selbst primitivste Forderungen nicht durchsetzen konnten. Unter diesen Umständen sieht sich die heimische Verwaltung gezwungen, ein Viertel aller Staatsausgaben für Polizei und Verteidigung auszugeben. Der Begriff der Sozialpolitik aber ist inmitten unbeschreiblichen Elends noch kaum bekannt. Die Bell-Kommission kommt zu dem Schluss, daß "das Versagen der Regierung in wirtschaftlicher Beziehung auf den Philippinen viele Menschen zur Verzweiflung getrieben und einen guten Nährboden für Propaganda und Unordnung geschaffen hat."

Die Vorschläge, die zur Abstellung der kritisierten Mißstände gemacht werden, beziehen sich vor allem auf Förderung der Gewerkschaften.

von denen bisher nur rund ein Prozent der einheimischen Arbeiter erfasst wurden und auf Erhöhung der ganz unzureichenden Ländarbeitelöhne. Es sollen ferner die Steuern erhöht werden und zwar so, dass nicht nur die breiten Massen durch Erfassung des Umsatzes getroffen, sondern dass auch die Wohlhabenden, die bisher nur ein Sechstel des Einkommens in Form von direkten Steuern zu tragen hatten, belastet werden. Die Bell-Kommission meint, dass <sup>man</sup> ohne eine Überwachung der zweckmässigen Verwendung amerikanischer Gelder kaum auskommen werde. Doch scheut man in USA vor jeder Wiederherstellung eines halbkolonialen Status der befreiten Kolonie zurück. Aufgrund des Berichtes verstärkt sich in Washington die Auffassung, dass, will man die befreiten Völker gegen den Kommunismus immunisieren, man auch gesunde soziale Grundlagen schaffen muss. Die Verteilung von Bodenbesitz und Warenreichtum ist gerade in Südostasien extrem ungerecht. Insbesondere die verelendeten und unterdrückten Ländarbeiter neigen daher zur Rebellion, die von bolschewistischen Agenten geschickt in ihrem Sinne ausgenutzt wird.

In Korea, in China - überall ist es dasselbe. Und es ist ein Problem, dem die Regierenden in allen Ländern grösste Aufmerksamkeit schenken sollten.

#### China, psychologisch gesehen

sp. Der Fernost-Mitarbeiter des "Observer" nimmt in einem ausführlichen Bericht zur Lage in China in bemerkenswerter Weise Stellung, die wesentlich zum Verständnis der englischen Haltung in dem gesamten Ost-Asien-Komplex beitragen kann. Er schreibt u.a.:

"China ist während des vergangenen Jahrhunderts von ausländischen Mächten in einem Ausmass beherrscht worden, das beispiellos in seiner langen Geschichte ist. In dieser Zeit war die Person eines Ausländers unantastbar und unerreichbar für chinesische Gerichte. Die Kriegs- und Handelsschiffe befuhren die grossen Ströme Chinas und warfen Anker, wo immer sie wollten, Shanghai, Tientsin, Hankau und viele andere Handelszentren waren praktisch ausländische Territorien, in denen chinesische Behörden nicht einmal das Recht hatten, Bekanntmachungen an den Stadtmauern anzuschlagen. Eine so alte und stolze Nation, mit einer Geschichte, die weiter zurückreicht als die Europas, fühlt sich beschimpft, weil sie auf eigenem Boden wie zurückgebliebene Eingeborene behandelt wird. Das Ergebnis ist ein massloses Misstrauen gegenüber den "Fremden". Selbst unter den günstigsten Umständen würde es viel guten Willen, Geduld und Zeit kosten, China davon zu überzeugen - insbesondere das kommunistische China - dass der Westen für es nichts Schlechtes bedeutet. Unglücklicherweise haben die Ereignisse aber wiederum Chinas Angst entflammt und sein Misstrauen gestärkt. Die Chinesen sehen die Weigerung besonders der westlichen Welt, ihre Regierung anzuerkennen, umso mehr, als die USA das Regime Tschiang-Kai-Schek anerkannten, das praktisch von der ganzen Nation abgelehnt wird. Dann kam im letzten Juni die amerikanische Neutralisation Formosas. Von dieser Zeit an wurde das Märchen verbreitet, dass die USA nach dem japanischen Muster erst Korea, dann die Mandchurei und schliesslich Nord-China zu überfallen und das Regime Tschiang-Kai-Schek wieder einzusetzen gedächten".

↳ als eine neue Schande an,

Ein sudetendeutsch-tschechischer Föderativ-Ausschuss

M. Die Zusammenarbeit zwischen den Sudetendeutschen und der Prchala-Gruppe in der tschechischen Emigration wird sich in Kürze noch verstärken. Ausserdem ist sie, wie man erfährt, im Begriff, Schule zu machen; nach dem Muster des Wiesbadener Abkommens, dessen Partner die "Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen" (München) und der "Tschechische Nationalausschuss" Prchalas (London) waren, dürfte bald ein ähnliches Abkommen zwischen anderen Partnern geschlossen werden.

Der Wiesbadener Pakt sah die Bildung eines gemischten sogenannten Föderativ-Ausschusses vor. Dieser Föderativausschuss soll, wie es in dem Abkommen heisst, die Voraussetzungen für die Befreiung des tschechischen Volkes, aber auch für die Rückkehr der Sudetendeutschen schaffen, also ein Vollzugsorgan sein. Die Aufteilung von Referaten, die abwechselnd mit einem Tschechen und einem Sudetendeutschen besetzt werden sollen, ist geplant. Durch diese Ressortgliederung wird der Ausschuss eine gewisse Regierungsähnlichkeit erhalten. An die formelle Bildung einer Exilregierung ist jedoch vorläufig nicht gedacht.

Aber auch ein inoffiziell bleibendes Gremium könnte nicht ohne Rückwirkung auf den internationalen Boden sein. Es spricht manches dafür, dass man vor allem auf amerikanischer Seite zu erkennen beginnt, eine sudetendeutsch-tschechische Annäherung vermöge die allgemeine Abwehrfront gegen den Bolschewismus zu stärken und müsste daher mehr zu fördern sein als jene Pariser und Washingtoner tschechischen Emigranten, die sich einer solchen Annäherung widersetzen oder sie mit ein<sup>em</sup> Festhalten am Verbrechen der Austreibung verbinden möchten. Auf die geänderte amerikanische Einstellung mag dabei in erster Linie die jahrelange und nicht ungern geübte Zusammenarbeit dieser Politiker mit dem Kommunismus Einfluss haben. Trotzdem haben noch immer viele dieser tschechischen Emigranten das Ohr des Westens. Noch immer lässt man sich in den angelsächsischen Ländern von dem Gedanken leiten, bei einem Konflikt mit der Sowjetunion sei ein tschechischer Abfall von Moskau möglich, man dürfe die Tschechen also nicht vor den Kopf stossen. Inzwischen ist aber doch wohl klar geworden, dass man zumindest ebenso sehr die deutsche Hilfe brauchen würde.

Diese Hilfe hat ihren Keim bereits im Wiesbadener Abkommen. Das Prager Regime hat die tschechische Angst vor einer Rückkehr der

Sudetendeutschen in seine Berechnungen eingesetzt. Solange die Tschechen von einer solchen Rückkehr Racheakte zu erwarten haben, fühlt man sich an das System gebunden, das diese Rückkehr am striktesten ablehnt. Sobald aber - wie in dem Wiesbadener Abkommen - auf Kollektivschuld und Rachedgedanken ausdrücklich verzichtet wird, muss eine Rückkehr zumindest bei denen einen grossen Teil ihres Schreckens verlieren, die sich davon zugleich ein Ende des kommunistischen Regimes versprechen. Die Nachrichten, die aus der Tschechoslowakei herüberdringen, haben für die letzten Monate den Beginn einer solchen Auflockerung in weiten Kreisen verzeichnet.

Auch unter den Sudetendeutschen hat man diese Zusammenhänge noch nicht überall begriffen. Noch immer melden sich in offiziellen Organ der "Landmannschaft" aggressive Stimmen und in gewissen Kreisen verträgt sich das Bekenntnis zum neuen Europa noch immer mit den alten Gedankengängen und der Vorliebe für den "scharfen Ton". Ansichten, die auch unter hohen Funktionären der "Landmannschaft" manchmal zu finden sind.

- - - -

Landesausschuss SPD Niedersachsen

Der Landesausschuss der SPD Niedersachsen hielt am 20. Dezember unter dem Vorsitz des Bundestagsabgeordneten Brune Leddin seine letzte diesjährige Arbeitstagung in Hannover ab. Dr. Schumacher stellte in seinem einleitenden Referat die Bedeutung der kommenden Niedersachsen-Wahlen dar, die die politische Entwicklung auch auf der Bundesebene entscheidend beeinflussen können. In ergänzenden Berichten schilderten Ministerpräsident Kopf und die Staatsminister Albertz, Borowski, Kubel und Voigt die Tätigkeit des Kabinetts und die für das Jahr 1951 vorgesehenen Aufbaumaßnahmen, insbesondere die Bestrebungen der niedersächsischen Regierung, durch die Schaffung von 35.000 zusätzlichen Wohnungen 1951 Zehntausende von heute noch in Lagern vegetierenden Einwohnern ein Heim zu schaffen.

Die Tagung wurde mit einem Bericht des Bezirkssekretärs H. Striefler - Hannover über die organisatorisch-propagandistischen Vorarbeiten für den Wahlkampf abgeschlossen.

- - - -

Verantwortlich: Peter Reunau